

14. Auf dem Weg zur imperialen Hypermacht? Die manichäische Falle ist besetzt. US-Außenpolitik nach dem 11. September 2001

Der Terrorangriff am 11. September 2001 auf das Symbol des Kapitalismus und des freien Handels in einer globalisierten Welt, das World Trade Center in New York, und auf das Symbol der globalen militärischen Macht der USA, das Pentagon, hat, wie jeder Krieg, die realen Machtverhältnisse offengelegt. Er wurde zur Stunde der Wahrheit – über die alles überragende Stellung der einzig verbliebenen Supermacht der Welt, die Bedeutungslosigkeit von UNO und NATO und, damit verbunden, die weltpolitische Marginalisierung Europas. Von der Utopie, dass sich die NATO irgendwann auf zwei Pfeiler, einen amerikanischen und einen europäischen, stützen würde, ist nichts übrig geblieben. Die auf der Konferenz von Prag im Jahre 2002 aus der Taufe gehobene »neue NATO« wird entweder funktionslos oder ein Nebenerwerbsbetrieb der USA unter ihrer Kontrolle sein: Nebenerwerbsbetrieb deshalb, weil 90 % des US-Militärpotentials außerhalb der NATO Verwendung findet. NATO-Generalsekretär Robertson hat Europa zu Recht eine »militärische Pygmäe«¹ genannt.

Die USA dagegen haben, wenn man von dem angelsächsischen Verbündeten Großbritannien und einigen eher symbolischen Hilfsvölkern absieht, praktisch im Alleingang zwei Blitzkriege geführt und militärisch gewonnen. In Afghanistan benötigten die USA gut hundert Tage, um durch Hochtechnologie, Bomben, ca. 70 Millionen US-Dollar Bestechungsgelder und nur ungefähr 500 Amerikaner am Boden das Taliban-Regime zum Einsturz zu bringen und der Terrororganisation Al-Quaida eine territoriale Basis zu entziehen. Gegen den Irak und Saddam Hussein benötigten die USA neben Hochtechnologie, Bomben und Bestechungsgeldern zwar mehr Bodentruppen, dafür ging aber alles noch schneller.

Diese neue militärische Entschlossenheit der USA unter ihrem Präsidenten George W. Bush und die Unterstützung dieser kriegerischen Politik durch die Mehrheit des amerikanischen Volkes ist ohne den 11. September nicht zu erklären. Der erfolgreiche Angriff der Terroristen hat die amerikanische Nation in einem Ausmaß getroffen und erschüttert, das von Völkern, die Bombenangriffe in ganz anderer Größenordnung erlebt und überlebt haben, nur schwer zu verstehen ist. Trauer, Wut und die Angst vor einem weiteren Angriff, auch das tiefe Bedürfnis nach Rache, sind nur zu erklären, wenn man bedenkt, dass dem amerikanischen Volk eine Sicherheit genommen wurde, die bis dahin zum selbstverständlichen Teil des American way

1 »Europe's Military Mirage«, Stratfor, <http://stratfor.com>, 5. February 2002, 2, zitiert nach: Walter LaFeber, *The Bush Doctrine*, in: *Diplomatic History* Ed. 26, Nr. 4, Fall 2002, S. 554.

Erstveröffentlichung: Auf dem Weg zur imperialen Hypermacht? Die manichäische Falle ist besetzt. US-Außenpolitik nach dem 11. September 2001, in: Detlef Junker: *Power and Mission. Was Amerika antreibt*. Verlag Herder Freiburg im Breisgau 2003, S. 151–174.

of life gehörte: die territoriale Unversehrtheit. Die nukleare Bedrohung im Zeitalter des Kalten Krieges war aufgrund der erfolgreichen Politik der Abschreckung für das amerikanische Volk weitgehend abstrakt geblieben. Vorher galt der schon zitierte Witz über die unvergleichliche amerikanische Sicherheitslage: im Norden ein schwaches Kanada, im Süden ein schwaches Mexiko, im Osten Fische und im Westen Fische. Die Terroristen gefährdeten und gefährden das oberste Ziel der US-Strategie im 20. Jahrhundert, ja seit der Monroe-Doktrin von 1823, nämlich die Sicherheit der kontinentalen USA. Der von Präsident Bush mehrfach bemühte Vergleich, der 11. September sei das Pearl Harbor des 21. Jahrhunderts, ist untertrieben. Bei dem Angriff der Japaner handelte es sich um einen Außenposten im Pazifik, der Angriff der Terroristen zielte auf das symbolische Herz der USA. Der 11. September hat daher das Lebensgefühl der Amerikaner von Grund auf verändert.

Der neue Feind schuf Klarheit. Auf dem Kompass des amerikanischen Globalismus gab es einen neuen Nordpol. Die Unübersichtlichkeit der Weltlage und die damit teilweise verbundene Ratlosigkeit der US-Weltpolitik in der Amtszeit von Präsident Clinton verflüchtigen sich. Die manichäische Falle des amerikanischen Sendungsbewusstseins ist wieder besetzt, eben durch den internationalen Terrorismus. Der amerikanische Globalismus ruht erneut auf der Trias von Furcht vor einem »Reich des Bösen«, globalen Interessen und der Missionsidee der Freiheit.

Der große Unterschied zu den Regierungen von Präsident Bush dem Älteren und Präsident Clinton liegt deshalb in der Militarisierung der US-Außenpolitik. Zwar gilt grundsätzlich die dreifache, globale Bestimmung des nationalen Interesses der USA weiter, die unteilbare Sicherheit, der unteilbare Weltmarkt und die unteilbare Freiheit, aber die militärische und die ideelle Komponente, Sicherheit und Freiheit, haben gegenüber dem Markt eindeutig an Bedeutung gewonnen. Es ist fast so, als hätten in Washington die Krieger und Priester die Händler von der Spitze der US-Regierung verdrängt.

Hand in Hand mit der Militarisierung der US-Außenpolitik nach dem 11. September geht ihre Unilateralisierung, d. h. mit dem seit dem 11. September noch gewachsenen, stolzen Bewusstsein, die einzig verbliebene Supermacht der Welt zu sein, die ihre Interessen notfalls allein vertreten kann und Verbündete nur sucht und benutzt, wenn diese das tun, was die USA wollen. In einer Koalition ist nur der willkommen, der zu amerikanischen Bedingungen kämpft (coalition of the willing).

Die Welt ist aus der Perspektive von Präsident Bush und seiner einflussreichen Berater, überwiegend einer Generation von Falken, die vor der 68er-Bewegung sozialisiert wurde, unipolar geworden. Es gibt keine rivalisierende Macht mehr, und so soll es nach Ansicht der Falken auch bleiben. So könnten die Sicherheit der USA und die Ordnung in den verschiedenen Regionen der Welt im Konfliktfall nicht durch Bündnisse gleicher Mächte – die es eben nicht mehr gibt –, auch nicht durch internationale Organisationen wie die UNO und multilaterale Verfahren, sondern letzten Endes nur durch die Militärmacht der USA gewährleistet werden. Gulliver könne sich nicht durch multilaterale Verfahren und die Fesseln der vielen Zwerge binden lassen.

Diese von den Falken schon vor dem 11. September 2001 entwickelte Weltsicht ist durch den Terrorismus noch verstärkt worden. Denn erst seit dem 11. September

finden die Falken den notwendigen Rückhalt im amerikanischen Volk; erst seit dem 11. September kann Präsident Bush seinen Zwei-Fronten Krieg gegen die tatsächlichen und vermeintlichen Terroristen zu Hause und in der Welt führen. Erst seit dem 11. September wird das besondere Wesen seiner Präsidentschaft sichtbar, nämlich der dauernde Ausnahmezustand. Gestützt auf die Angst und den Patriotismus der Mehrheit der Amerikaner, die Mehrheit der regierungskonformen Massenmedien, den patriotischen Konformitätsdruck in der amerikanischen Gesellschaft, die Flucht des Kongresses aus der außenpolitischen Verantwortung und die Unfähigkeit der Demokraten, eine erkennbare Alternative zu formulieren, versucht Bush, die Nation in dauernder Alarmbereitschaft zu halten. Politisch lebt seine Präsidentschaft seit dem 11. September vom und durch den Krieg.

Der Terrorismus stellt, besonders in der möglichen Kombination mit Massenvernichtungswaffen, nach Ansicht von Präsident Bush eine neue Art von Bedrohung dar, die weder eingedämmt noch abgeschreckt werden könne, sondern vernichtet werden müsse. Die USA müssten angesichts dieser neuen Bedrohung eine neue Symmetrie der Verteidigung finden. Terroristen respektierten keine Grenzen, die USA könnten es deshalb auch nicht tun. Deshalb müssten sie, notfalls präventiv und notfalls allein, in die Innenpolitik anderer Staaten eingreifen. Die dem klassischen Völkerrecht zugrunde liegende Souveränitätsvorstellung schütze erstens auch Diktaturen und sei zweitens angesichts dieser neuen Bedrohung eine selbstmörderische Illusion.

Die Grundelemente der amerikanischen Antwort auf den 11. September schälten sich, wie Historiker erstaunlicherweise schon heute wissen, innerhalb von neun Tagen heraus, zwischen dem Angriff und dem 20. September 2001, als Präsident Bush vor beiden Häusern des Kongresses die Antwort auf die Herausforderung durch den Terrorismus formulierte. Sein jährlicher Rechenschaftsbericht zur Lage der Nation vom 29. Januar 2002 enthielt keine strukturellen Neuigkeiten. Auch die manichäische Teilung der Welt in Gut und Böse – symbolisiert in der »Achse des Bösen«, die die Staaten Irak, Iran und Nordkorea aus der Sicht von Bush verkörpern – war tendenziell schon in seiner Rede in der Washingtoner Kathedrale vom 14. September und der Ansprache im Kongress am 20. September 2001 enthalten.

Über die Entscheidungsprozesse im Weißen Haus vom 11. bis 20. September sind Historiker deshalb so vorzüglich informiert, weil zwei Journalisten, Dan Balz und der berühmte Watergate-Veteran Bob Woodward, vom 27. Januar bis 3. Februar 2002 in der »Washington Post« eine atemberaubende Insider-Geschichte in acht Folgen publizierten, die auf ausführlichen Interviews und Gesprächen mit allen Hauptbeteiligten, einschließlich Präsident Bush, beruht. Obwohl die Journalisten die Leser warnten, dass diese Geschichte notwendigerweise unvollständig sei und einige Gegenstände von den Hauptbeteiligten nicht diskutiert werden wollten, um die nationale Sicherheit und die Vertraulichkeit der Beratungen nicht zu gefährden, können die zentralen Elemente der amerikanischen Antwort und ihre Motive mit großer Klarheit rekonstruiert werden. Für diese Rekonstruktion benutzt der Historiker sein übliches Handwerkszeug: innere und äußere Quellenkritik, Vergleich der wörtlichen Zitate aus dem Zentrum der Macht mit den öffentlichen Verlautbarungen und den tatsächlichen Handlungen, Einordnung der gewonnenen Hypothesen

in das Erfahrungs-, d. h. Regelwissen des Interpreten über seinen Gegenstand. Die Einsichten und Fakten der Reportage der beiden Journalisten sind überdies ein hervorragender Schlüssel zum Verständnis der öffentlichen Reden von Präsident Bush. Bob Woodward hat eine für die ersten Tage gekürzte, in der Sache bis zum Ende des Afghanistankrieges ergänzte Fassung in Buchform veröffentlicht, die auch ins Deutsche übersetzt wurde.²

Es gibt die kluge Beobachtung, dass in Fragen der Politik und Weltgeschichte die Politiker das erste Wort, die Journalisten das zweite, die Politikwissenschaftler das dritte, aber die Historiker das letzte Wort haben. In diesem Fall ist das Wort erstaunlich schnell zu den Historikern durchgereicht worden.

Die zentralen politischen Entscheidungen, die bis heute Gültigkeit haben, begann Präsident Bush schon an dem chaotischen 11. September zu treffen, als er Mühe hatte, von Florida über Nebraska wieder in das Weiße Haus zurückzukehren. Diese Entscheidungen waren spontan, sie kamen gleichsam aus dem Bauch, etwas vornehmer ausgedrückt: aus dem Kern seiner Person. Es gibt ein Foto von Präsident Bush, als ihm kurz nach 9 Uhr Ortszeit in einer Volksschule in Sarasota die Nachricht vom Angriff auf den zweiten Turm, den Südturm, des World Trade Centers überreicht wurde. Bushs Blick geht zugleich nach Innen und in die Ferne. Später sagt er über diesen Augenblick: »In diesem Augenblick wurde mir klar, dass wir in den Krieg gehen würden.« Die frühen Entscheidungen wurden auch durch die Beratungen der nächsten Tage nicht wesentlich modifiziert. Wie überhaupt gesagt werden muss, dass Bush zur Überraschung vieler die treibende und natürlich kraft Amtes entscheidende Person auf amerikanischer Seite war und vermutlich bis heute ist. Was nun waren die spontanen Einsichten und Reaktionen des Präsidenten am 11. September?

Der Angriff, so Bush, ist nicht nur ein Akt des Terrorismus, der Angriff bedeute Krieg, und zwar Krieg mit potentiell weltweiten Dimensionen. Als CIA-Direktor George J. Tenet Bush noch am 11. September darauf aufmerksam machte, man habe im Hinblick auf den Terrorismus ein 60-Länder-Problem, antwortete Bush, man werde eines nach dem anderen »rannehmen«. Der 11. September sei, so Bush, ein Fanal, das Pearl Harbor des 21. Jahrhunderts. Schon an diesem Tag formulierte er, ohne seinen Außenminister Colin Powell überhaupt zu fragen, auch jene Strategie, die dann als »Bush-Doktrin« bekannt wurde. Wie jeder amerikanische Präsident, der etwas auf sich hält und in die Geschichte eingehen will, formulierte also auch Bush eine Doktrin. Ihr Inhalt: Die amerikanische Regierung werde im bevorstehenden Krieg keinen Unterschied machen zwischen Terroristen, die die Verbrechen begehen, und jenen, die diesen einen sicheren Hafen gewährten. Außerdem werde er die ganze Welt zu einer politischen und moralischen Parteinahme zwingen: Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid für die Terroristen.

In den nächsten Tagen wurden weitere Elemente der amerikanischen Antwort sichtbar. Man werde die Nation und die Welt auf einen langen Krieg vorbereiten müssen. Die Antwort müsse hart und spektakulär sein und die Terroristen wirklich treffen. »The American people«, so Bush, »wants a Big Bang.« Clintons Taktik, zur

2 Bob Woodward, *Amerika im Krieg*, Stuttgart/München 2003.

Beruhigung der öffentlichen Meinung in den USA einige Marschflugkörper gegen vermutete Terroristen abzufeuern, sei völlig unzureichend. Die Welt und die Terroristen, so Bush, müssten von dem Eindruck befreit werden, dass die USA ein materialistisches und hedonistisches Land seien, das nicht bereit sei, für seine Sicherheit, seine Interessen und die Freiheit der Welt zu kämpfen.

Einig war sich Bush mit seinen Beratern – unter anderem mit Vizepräsident »Dick« Cheney, mit Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld, mit Außenminister Colin L. Powell, mit Generalstabschef Henry H. Shelton, mit Generalstaatsanwalt John D. Ashcroft, mit seinem Stabschef Andrew H. Card, mit CIA-Direktor Tenet und mit der überaus einflussreichen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice –, dass die USA eine weltweite Koalition gegen den Terrorismus schmieden müssten, allerdings ausschließlich zu Bedingungen, die in Washington festgelegt würden. Bush sprach im kleinen Kreis zwar davon, dass die Gerechtigkeit der amerikanischen Sache die Welt an die Seite der USA bringen werde, aber er machte zugleich klar, dass die amerikanische Mission die Koalition zu definieren habe, nicht umgekehrt. Mehrmals betonte Bush in diesen internen Debatten, dass die USA notfalls allein kämpfen würden.

Am Sonntag, den 15. September, konferierte er, wie einst sein Vater vor der Entscheidung zum Golfkrieg, mit seinen engsten Beratern im präsidientlichen Landsitz in Maryland, in Camp David. Ihnen gegenüber erklärte der Präsident über den bevorstehenden Krieg gegen den Terrorismus: »Es kann sein, dass wir irgendwann als einzige übrigbleiben. Ich habe nichts dagegen. Wir sind Amerika.« Diese Äußerung beunruhigte Außenminister Powell, der dafür zuständig war, den Beschluss der Regierung Bush, eine internationale Koalition im Kampf gegen den Terrorismus zu schmieden und zumindest den Anschein von Multilateralität zu wahren, umzusetzen. Allerdings hatte Powell am Tag zuvor in der Kabinettsitzung zur allgemeinen Erheiterung beigetragen, als er von seinen Telefonaten mit 35 Regierungen berichtete, die er schon vormittags geführt habe. Von so viel Multilateralität, so Powell, sei er fast seekrank geworden.

Auch die operativen und strategischen Entscheidungen wurden in den Diskussionen der ersten Tage gefällt, wie überhaupt diese Tage einen erneuten Beweis für die Fähigkeit des amerikanischen politischen Systems darstellen, auch und gerade in Krisenzeiten Entscheidungen zu fällen. Man darf nicht darüber nachdenken, was passiert wäre, wenn der Angriff auf London, Paris, Rom oder Berlin gezielt hätte. Dazu gehörte der Entschluss, in Afghanistan gegen die Taliban zu kämpfen, um Bin Laden und die Terrororganisation Al-Quaida zu vernichten. Erst nach mehrtägigen, kontroversen Beratungen wurde ein zeitgleicher Angriff auf den Irak aufgeschoben. Gegen einen Angriff auf den Irak wandte sich besonders Generalstabschef Shelton, weil es bisher keinen Beweis dafür gebe, dass der Irak für den Terrorismus verantwortlich sei. Auch Powell war beunruhigt, dass Cheney, Rumsfeld und sein Stellvertreter Wolfowitz auch in den nächsten Monaten immer wieder das Thema »Irak« zur Debatte stellten.

Um das Kriegsziel in Afghanistan zu erreichen, wurde der härteste, von Shelton vorgetragene Kriegsplan von Präsident Bush in Kraft gesetzt, nämlich in Afghanistan mit Marschflugkörpern, mit Bombern und auch mit Spezialeinheiten auf dem Boden

eingzugreifen. Zugleich unterzeichnete Bush eine Verordnung, in dem der CIA zu einer beispiellosen Ausweitung und Intensivierung seiner geheimen Aktivitäten in 80 Staaten autorisiert wurde. Die massive Erhöhung der Summe für Bestechungsgelder war dabei die friedlichste Maßnahme. CIA-Direktor Tenet hatte nach Camp David einen Meisterplan mitgebracht, betitelt »World Wide Attack Matrix«, in dem der geheime Kampf in diesen 80 Ländern entworfen wurde. Bush war nach dem Vortrag seines CIA-Chefs so begeistert, dass er ausrief: »Great job!«

Schließlich wird aus der Analyse dieser internen Beratung deutlich, dass der tiefsitzende Manichäismus von Präsident Bush, die Scheidung der Welt in Gut und Böse, keine aufgesetzte, öffentliche Geste ist, sondern zum Kern seines politischen Weltbildes gehört. Der Krieg sei, so Bush gegenüber seinen engsten Beratern, ein monumentaler Kampf zwischen Gut und Böse, ein Kreuzzug, der seine Präsidentschaft und sein Bild in der Geschichte bestimmen werde. Bushs Hauptredenschreiber Michael Gerson bezeugt, er habe den Präsidenten noch nie so voller Leidenschaft erlebt wie bei der Vorbereitung seiner Rede vom 20. September, die er und seine Kollegen auf Anregung von Bush einige Mal umschreiben mussten und die Bush selbst Zeile für Zeile korrigierte. Mit Emphase erklärte Bush zwei Tage vor der Rede gegenüber Gerson: »Dies wird meine Präsidentschaft bestimmen.« Nach der Rede, die von 80 Millionen der 281 Millionen Amerikaner auf dem Bildschirm live verfolgt wurde, sagte Bush zu Gerson: »Ich habe mich noch nie in meinem Leben so mit mir im Reinen gefühlt.«

Bush hat seine Mission gefunden, die noch lange nicht beendet ist: die Vernichtung des Bösen, wenn nötig in einem langen Krieg; die Gewährleistung der zukünftigen Sicherheit der USA durch präventive Einsätze, wenn nötig überall auf der Welt, und strengste Sicherheitsmaßnahmen im Lande selbst. Dieser Krieg kann lange dauern, wenn nötig so lange wie der Zweite Weltkrieg oder der Kalte Weltkrieg. Für Bush darf sich der 11. September nicht wiederholen. Deshalb erklärte Bush am 20. September vor dem Kongress: »Dies ist nicht nur Amerikas Kampf. Was auf dem Spiel steht, ist nicht allein Amerikas Freiheit. Dies ist der Kampf der gesamten Welt. Dies ist der Kampf der Zivilisation, dies ist der Kampf aller, die an Fortschritt und Pluralismus, Toleranz und Freiheit glauben ... Die zivilisierte Welt scharft sich um Amerika. Sie weiß, dass ihre Städte, ihre Bürger die nächsten sein könnten, wenn dieser Terror ungestraft bleibt ... Der Verlauf dieses Konfliktes ist noch ungewiss, aber sein Ausgang ist sicher. Freiheit und Angst, Gerechtigkeit und Grausamkeit befinden sich stets im Krieg, und wir wissen, dass Gott in ihrem Kampf kein neutraler Beobachter ist. Meine Mitbürger, wir werden der Gewalt mit geduldiger Gerechtigkeit begegnen – in dem sicheren Bewusstsein, dass unser Anliegen richtig ist, und im Vertrauen auf kommende Siege. In allem, was vor uns liegt, möge Gott uns Weisheit schenken; und möge ER über die Vereinigten Staaten von Amerika wachen.«³

Inzwischen gibt es die gut begründete Vermutung, dass der 11. September für eine äußerst einflussreiche Gruppe von Amtsträgern und politischen Strategen, die in einem beispiellosen Akt der Machtübernahme gleichsam das Weiße Haus

3 Die deutsche Übersetzung nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.9.2001, Nr. 221, S. 8.

»gekidnappt« und Herz und Verstand des Präsidenten erreicht haben, zu der weltgeschichtlichen Gelegenheit wurde, um das zu tun, was sie in den neunziger Jahren in ihren Publikationen und Denkschriften vorgedacht hatten: die Begründung einer konkurrenzlosen Pax Americana für das 21. Jahrhundert. Diese Gruppe will nicht eine amerikanische Weltherrschaft, aber eine Weltvorherrschaft errichten, die es den USA auf unbestimmte Zukunft erlaubt, die Strukturen der Welt im pro-amerikanischen Sinne zu bestimmen.

Die machtpolitische Sonderstellung zeigt sich auch darin, dass diese Revolutionäre im Konfliktfall bereit sind, in die Innenpolitik anderer Staaten, wenn nötig, militärisch einzugreifen, selbst aber nicht im Traum daran denken, auf das zentrale Element des modernen Staates zu verzichten, wie es sich seit dem 17. Jahrhundert herausgebildet hat: die nationale Souveränität. Sie bestehen auf der Unabhängigkeit nach außen, der Politik der freien Hand und der Fähigkeit zum einseitigen Handeln. Diese Revolutionäre sind nicht gewillt, die Entscheidungsfreiheit der USA durch internationales Recht und internationales Abkommen einschränken zu lassen, wenn es dem widerspricht, was sie für das nationale Interesse der USA halten.

Die Weigerung, die USA für den Schutz der Umwelt durch die Kyoto-Protokolle oder bei der Verfolgung von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen durch einen internationalen Gerichtshof binden zu lassen, sind dafür prominente Beispiele. In dieser Hinsicht trennt die konservativen Revolutionäre ein Ozean von der politischen Klasse und Kultur der Bundesrepublik, die ganz auf Frieden, Multilateralität, Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und Selbsteindämmung eingeschworen ist. Für die Repräsentanten des auserwählten Volkes dagegen kommt erst die Moralität, dann die Legalität.

Die Weltvorherrschaft soll sich auf eine globale militärische Dominanz zu Wasser, in der Luft und im Weltraum stützen, auch auf militärische Basen, die sich inzwischen über die Welt verbreitet haben. Diese neue Dominanz macht es auch möglich, dem obersten Grundsatz der amerikanischen Kriegsführung und der Erwartung des amerikanischen Volkes zu genügen, möglichst wenig eigene Truppen im Landkrieg einzusetzen und möglichst wenig amerikanische Menschenleben zu riskieren. Zugleich verringert diese neue Dominanz die Abhängigkeit von militärischen Bundesgenossen wie im Zweiten Weltkrieg, als die russischen Soldaten die deutschen Divisionen dezimierten und in der Endphase des Krieges die japanischen Heere auf dem chinesischen Festland vernichten sollten. Außerdem geht die Entwicklung der von Präsident Reagan begonnenen Raketenabwehrprogramme weiter. Ferner haben die USA, von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, im Frühjahr 2002 das Versprechen zurückgenommen, nicht-nukleare Mächte nicht mit Atomwaffen anzugreifen. Das oberste Ziel dieser Strategie ist es, möglichst die USA gegen jeden Angriff sicher zu machen, zugleich jeden Teil der Welt für amerikanische Interventionen offen zu halten. Damit produzieren sie ein klassisches Sicherheitsdilemma: Je totaler die Sicherheit für die USA, desto totaler die Unsicherheit für den Rest der Welt.

Der uneinholbare militärische Vorsprung ist für die konservativen Revolutionäre die Basis zukünftiger amerikanischer Weltvorherrschaft. Daneben rechnen sie mit dem Gewicht der amerikanischen Volkswirtschaft, dem Einfluss der

amerikanischen Populärkultur, mit wechselnden Bündnissen und der Attraktivität des amerikanischen Versprechens von Freiheit.

Mit dem Begriff »Weltvorherrschaft« kann diese neue Utopie deshalb angemessen beschrieben werden, weil er uns gestattet, sie einerseits vom Ziel der »Weltherrschaft«, andererseits von der hegemonialen Rolle als Führungsmacht der westlichen Welt im Kalten Krieg zu unterscheiden. Im Selbstverständnis der Weltvorherrschaftsideologen haben es die USA wegen des Zusammenbruches der Sowjetunion nicht länger nötig, wie im Kalten Krieg die Rolle des »wohlwollenden Hegemons« zu spielen, das heißt im Rahmen ihrer Führungsrolle die Interessen der abhängigen Bündnispartner zu berücksichtigen, im Dialog Interessenunterschiede durch pragmatische Kompromisse einzuebnen und auf dieser Grundlage freiwillige Gefolgschaft zu gewinnen. Nicht umsonst konnte während des Kalten Krieges die amerikanische Außenpolitik gegenüber Westeuropa im Allgemeinen, der Bundesrepublik im Besonderen als »Imperium auf Einladung« oder »Imperium durch Integration«⁴ beschrieben werden. Weltvorherrschaft ist nicht mehr Hegemonie und noch nicht Weltherrschaft, sie liegt irgendwo dazwischen, die genaue Position ändert sich durch die sich wandelnden Rahmenbedingungen der Weltpolitik.

Wenn den USA das in den nächsten Jahrzehnten gelänge, würden sie – im Sinne der Weltvorherrschaft – zu einer imperialen Hypermacht von globaler Reichweite. Im Vergleich dazu war das Römische Reich eine regionale, um das Mittelmeer zentrierte Macht, auch auf dem Höhepunkt seines Einflusses nur eines unter mehreren Reichen, die sich vom Atlantischen Ozean über ganz Eurasien hinweg bis zum Pazifischen Ozean erstreckten, wie das Reich der Parther und Kushana.⁵

Der engere Führungskreis um Bush liest sich wie ein »Wer ist Wer?« dieser Ideologen der amerikanischen Weltvorherrschaft.⁶ Dazu zählen der nach Ansicht vieler einflussreichste Politiker nach dem Präsidenten, sein Vizepräsident Dick Cheney, dessen Stabschef I. Lewis Libby und dessen Sicherheitsberater Eric Edelman; Verteidigungsminister Rumsfeld, sein Stellvertreter Paul Wolfowitz und sein Berater Richard Perle; der stellvertretende Außenminister Richard Armitage und der Staatssekretär für Rüstungsfragen im Außenministerium, John Bolton; und natürlich die Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, die wie niemand sonst über das knappste Gut in einer imperialen Präsidentschaft verfügt, über ständigen Zugang zum Präsidenten, und zwar nicht nur im Weißen Haus, sondern auch in Camp David und in Texas. Schon im Wahlkampf 2000 bekannte der damals außenpolitisch unerfahrene Bush, niemand könne ihm die Außenpolitik besser erklären als Condoleezza Rice.

Misst man den Präsidenten selbst, der vor Beginn des ganz auf Innenpolitik konzentrierten Präsidentschaftswahlkampfes im Jahre 2000 außenpolitisch ein unbeschriebenes Blatt und weniger in der Welt herumgekommen war als die besseren Heidelberger Geschichtsstudenten, an seinen öffentlichen Äußerungen und Taten,

4 Vgl. Geir Lundestad, *The American »Empire«*, Oxford 1990.

5 Dennoch kann es sinnvoll sein, die Strukturen des Römischen Reiches mit den Strukturen des Neuen Roms zu vergleichen. Vgl. dazu Peter Bender, *Weltmacht Amerika – Das Neue Rom*, Stuttgart 2003.

6 Eine gute Übersicht bietet Stefan Fröhlich, *Hegemonialer Internationalismus*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.4.2003, Nr. 85, S. 8.

dann hat er die Weltsicht der Weltvorherrschaftsideologen weitgehend übernommen. Ähnliches gilt für seine Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice. Bei dem missionarischen Eifer, mit dem diese Gruppe ihre Ziele verfolgt, darf man davon ausgehen, dass fast alle Führungspositionen im Weißen Haus und den entscheidenden Ministerien inzwischen von Clinton-Leuten gereinigt wurden. Es soll noch Inseln des Widerstandes im Außenministerium geben, dessen Chef Colin Powell, trotz schwerster Differenzen mit diesen unilateralen Falken, als loyaler Soldat, patriotischer Amerikaner und ehrgeiziger Politiker bisher nicht das getan hat, was der Präsident selbst für eine politische Ursünde hält: Streit innerhalb der Regierung nach außen zu tragen. Inneramerikanische Kritiker lässt der Präsident nicht ins Weiße Haus vor, auf öffentliche Kritik reagiert er beleidigt und nachtragend, besonders dann, wenn seine moralische Integrität und die Legitimität seiner Mission infrage gestellt werden.

Im Bannkreis und im Austausch mit der Regierung Bush bewegt sich ein Zirkel von Historikern, Strategen, Kommentatoren und Analysten, die durch ihre Bücher und Denkfabriken die neue Weltsicht verbreiten: neben William Kristol, Eliot A. Cohen, Lawrence F. Kaplan, Victor Davis Hanson, Bernard Lewis auch Robert Kagan, der die Welt mit der Erkenntnis überraschte, dass die Amerikaner vom Mars (kriegerrisch und handlungsstark), die Europäer von der Venus (friedfertig und handlungsunfähig) seien.⁷ Oder Francis Fukuyama, ein ehemaliger »Hegel im Außenministerium«, der schon 1992 verkündete, dass die Weltgeschichte an ihr Ende gekommen sei, weil es für die gesamte Welt keine mögliche und moralisch berechnete Alternative zum westlich-amerikanischen Modell von Markt und Freiheit mehr gebe.⁸

Diese Ideologen der amerikanischen Weltvorherrschaft sind belesen und geschichtsbewusst. Sie denken über den Aufstieg und Fall der bisherigen Weltreiche nach, suchen nach Analogien, Lehren und Handlungsanweisungen aus der Geschichte, um den zukünftigen Fall des neuen amerikanischen Imperiums möglichst zu vermeiden. Die Machtpolitiker plündern Klassiker wie Thukydides, Machiavelli und Hobbes aus, die Militärstrategen fragen sich, wie die USA ein neues Pearl Harbor oder einen zweiten 11. September unter den modernen Bedingungen asymmetrischer Kriegsführung vermeiden könnten⁹, und die Naturrechtler entdecken Philosophen wie Leo Strauss, um die freiheitliche Mission Amerikas auf eine moralische Grundlage zu stellen.

Man pflegt diese Gruppe inzwischen weltweit als »Neokonservative« (Neocons) zu bezeichnen. Angemessener wäre es, sie »konservative Revolutionäre« zu nennen. Sie sind »konservativ« in dem Sinne, dass sie genau das »bewahren« wollen, was in diesem Buch beschrieben und erklärt wurde: die globale, machtpolitische Sonderstellung der USA als Ergebnis der Geschichte des 20. Jahrhunderts – und die amerikanische Sendungsidee der Freiheit, die zivile Religion Amerikas, wie sie sich seit dem 18. Jahrhundert herausgebildet hat, eben Amerikas Macht und Mission, »power and mission«.

7 Robert Kagan, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003.

8 Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?*, München 1992.

9 Vgl. Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Hamburg 2002.

Jeder, der die Selbstzeugnisse der Ideologen der amerikanischen Weltvorherrschaft und die offizielle Weltdeutung des Weißen Hauses vom September 2002 liest, entdeckt sofort, dass es ganz falsch wäre, nur die machtpolitischen Passagen über die neue amerikanische Unilateralität zu zitieren und die Zivilreligion der Freiheit lediglich als Rhetorik oder falsches Bewusstsein zu deuten, wie es im säkularisierten Europa und Deutschland zum guten Ton gehört. Die machtpolitische Realität USA wird auch von der Regierung Bush als Vision und Idee verstanden.

»Revolutionär« sind diese Konservativen in dem Sinne, dass sie nach dem Ende der bipolaren Welt des Kalten Krieges das Kernprinzip ihrer eigenen Verfassung, die Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung (checks and balances), in der internationalen Politik aufheben und die USA als einzig verbliebene und konkurrenzlose Supermacht auf Dauer etablieren wollen. Das ist in der Tat eine revolutionäre Utopie, entworfen gegen alle Erfahrung und Wahrscheinlichkeit. Diese Utopie ist zugleich von tiefer Angst getrieben, von der Angst vor dem Chaos, der Unübersichtlichkeit und Pluralität der Welt, ja vor dem Teufel und den Kräften des Bösen. In den Tiefenschichten dieser scheinbar kalten Machtpolitiker lauert die Angst vor dem Ende des amerikanischen Traums. Und nicht von ungefähr gibt es Anzeichen dafür, dass auch innenpolitisch mit der schleichenden Erosion bürgerlicher Freiheiten das Prinzip der Gewaltenteilung aufgeweicht werden könnte.

Wer diese »konservativen Revolutionäre« verstehen will, muss sich nur die Mühe machen, gut hundert Seiten Text zu lesen, die öffentlich und über das Internet zugänglich sind: erstens ein zusammenfassendes Strategiepapier der Weltvorherrschaftsdenker, das im und für den Wahlkampf 2000 veröffentlicht wurde; ein Papier für eine zukünftige Pax Americana, das an – brutaler – Deutlichkeit und Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt.¹⁰ Und zweitens das offizielle, vom Weißen Haus publizierte Memorandum zur nationalen Sicherheit vom 17. September 2002.¹¹

Der wahlkämpferische Ausgangspunkt der konservativen Strategen im Jahre 2000 war eine Kritik an der aus ihrer Sicht unzusammenhängenden und ratlosen Außenpolitik Clintons nach dem Ende des Kalten Krieges. Die Zeit des Experimentierens und des Herumtastens sei vorbei. Clinton habe keine Vision für die zukünftige Rolle Amerikas in der Welt gehabt. Die Tragödien des 20. Jahrhunderts hätten zur Genüge bewiesen, was geschehe, wenn die USA die Dinge treiben ließen und nicht die Führungsaufgabe in der Welt übernähmen – eine klare Anspielung auf die Politik der USA in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Die USA hätten eine vitale Rolle zu spielen, um den Frieden und die Sicherheit in Europa, Asien und im Mittleren Osten aufrechtzuerhalten.

Die politische Konsequenz dieser neuen Ortsbestimmung Amerikas war die Forderung nach einer gewaltigen Aufrüstung und Modernisierung der amerikanischen

10 Rebuilding America's Defenses. Strategy, Forces and Resources For a New Century. A Report of The Project for the New American Century, September 2000, 76 Seiten, <http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf>.

11 The National Security Strategy of the United States of America, September 2002, the White House, Washington D.C., 31 Seiten, www.whitehouse.gov/news/releases/2002/10/200211001-6.html. Eine gekürzte deutsche Übersetzung findet sich in: Internationale Politik 12 (2002), S. 113–138. Zitate nach dieser Übersetzung.

Streitkräfte, eine Reorganisation des Pentagons eingeschlossen. Diese Chance könne auch deshalb genutzt werden, weil es zum ersten Male seit vierzig Jahren einen laufenden Überschuss im Bundeshaushalt gäbe. Während Präsident Clinton angekündigt hatte, diesen Überschuss in der Zukunft für den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme zu verwenden, sahen die neuen Strategen darin eine goldene Gelegenheit, um die Militärausgaben der Zukunft zu finanzieren.

Präsident Bush ist in seiner tatsächlichen Politik genau diesem Masterplan gefolgt. Die öffentlichen Äußerungen von Verteidigungsminister Rumsfeld sind, soweit sie sich nicht auf aktuelle Lagen beziehen, Variationen auf diese Grundmelodie, oft Hymnen auf die neue Qualität und zukünftige globale Bedeutung der amerikanischen Streitkräfte. Die Blitzsiege gegen Afghanistan und den Irak sind aus der Sicht der konservativen Revolutionäre triumphale Bestätigungen der neuen Strategie.

Ein weiteres Leitmotiv der konservativen Revolutionäre war schon Anfang der neunziger Jahre eine scharfe Kritik an der Nahost-Politik Bushs des Älteren und Clintons. Sie hielten es für einen strategischen Fehler erster Ordnung, Saddam Hussein und sein Regime nicht gestürzt zu haben, als sich 1991 im ersten Golfkrieg die Chance dafür geboten hatte. Denn aus ihrer Sicht muss die gesamte Region von Grund auf neu gestaltet werden, wenn die USA ihre strategischen Interessen langfristig sichern wollten und der israelisch-palästinensische Konflikt nach über fünfzig Jahren erfolgloser Krisendiplomatie gelöst werden soll.

Aufgrund dieser schon in den neunziger Jahren formulierten Strategie gibt es gute Gründe für die Vermutung, dass die offizielle Rechtfertigung des Angriffes gegen den Irak vor der UNO und der Welt, eine Bedrohung der USA durch Massenvernichtungswaffen, nur vorgeschoben war und der Angriff als Teil eines strategischen Gesamtplanes zur Neuordnung im Nahen Osten gedeutet werden muss. Die von den Geheimdiensten zusammengestellte Bedrohungsanalyse hatte, so scheint es, den gleichen Zweck wie Roosevelts Behauptungen im Jahre 1941, dass die Nationalsozialisten Lateinamerika unter ihre Kontrolle bringen und letzten Endes die USA selbst angreifen wollten. Wieder einmal wurden die Gefahren für die Sicherheit der USA und der westlichen Hemisphäre übertrieben, um die amerikanische Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen (*zooming in the enemy*).

Der mit dieser möglichen Täuschung und dem Bruch des Völkerrechts verbundene, weltweite Ansehensverlust der USA trifft allerdings auf eine Regierung, die nicht nur die alleinige Macht hat zu handeln, sondern sich auch moralisch im Recht fühlt. Denn während in dem strategischen Grunddokument aus dem Jahre 2000 mehr von Macht als von Mission die Rede ist, eröffnet Präsident George W. Bush das Vorwort zur nationalen Sicherheitsstrategie vom 17. September 2002 mit einem Manifest der naturrechtlich begründeten, zivilreligiösen Mission der Freiheit, mit einem Motiv, das das ganze Dokument durchzieht: »Die großen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts zwischen Freiheit und Totalitarismus endeten mit einem deutlichen Sieg für die freiheitlichen Kräfte und einem einzigen nachhaltigen Modell für nationalen Erfolg: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum. Im 21. Jahrhundert werden nur diejenigen Nationen das Potenzial ihrer Bürger freisetzen und zukünftigen Wohlstand sichern können, die sich dem Schutz grundlegender

Menschenrechte und der Gewährleistung politischer und wirtschaftlicher Freiheit verpflichtet haben. Menschen auf der ganzen Welt wollen das Recht der freien Rede, sie wollen ihre Regierung wählen können, ihre religiöse Überzeugung leben und ihren Kindern eine Schulbildung ermöglichen – seien es nun Jungen oder Mädchen –, Eigentum besitzen und die Früchte ihrer Arbeit genießen. Diese Werte der Freiheit sind für alle Menschen und in jeder Gesellschaft richtig und wahr, und die Pflicht, diese Werte gegen Feinde zu verteidigen, ist die gemeinsame Aufgabe aller freiheitsliebenden Menschen überall auf der Welt und zu allen Zeiten.«¹²

An anderen Stellen des Dokumentes heißt es: »Schließlich werden die Vereinigten Staaten die Gunst der Stunde nutzen, um die Vorzüge der Freiheit in der ganzen Welt zu verbreiten.« »Freiheit ist eine nicht verhandelbare Forderung menschlicher Würde, das Geburtsrecht jedes Menschen in jeder Zivilisation.« »Die Vereinigten Staaten müssen Freiheit und Gerechtigkeit verteidigen, denn diese Prinzipien sind für alle Menschen überall wahr und richtig.«¹³

Bekanntlich ist die überwiegende Mehrheit der amerikanischen Versuche gescheitert, durch oder nach einer militärischen Intervention demokratische Regime zu gründen und langfristig zu festigen. Nach einer neuen Studie¹⁴ sind von 16 Versuchen dieser Art im 20. Jahrhundert nur vier, nämlich in Westdeutschland und Japan, mit einigen Abstrichen in den Kleinstaaten Grenada und Panama, erfolgreich gewesen. Erfolgreich bedeutet, dass zehn Jahre nach Abzug der US-Truppen noch immer eine Demokratie existierte. Auch aus dieser Perspektive gehört die Demokratisierung der alten Bundesrepublik zu den größten Erfolgsgeschichten der US-Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Es kommt nicht von ungefähr, dass Präsident Bush in der Vorgeschichte des Irakkrieges ständig den Vergleich mit Deutschland und Japan im Munde führte. Dieser Vergleich wird sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als falsch erweisen. Der Irak und vermutlich auch Afghanistan werden die lange Liste gescheiterter amerikanischer Versuche verlängern, Völkern und Staaten mit Gewalt die Freiheit zu bringen: Haiti, Kambodscha, Südvietnam, die Dominikanische Republik, Kuba, Nicaragua und Panama von 1903 bis 1996. Diese Einschätzung gilt unabhängig von der Frage, ob die USA die Autorität und die Kosten eines solchen Versuches der UNO überlassen oder im Alleingang »nation building« betreiben.

Das wird die USA aber nicht daran hindern, es immer wieder zu versuchen. Denn es gehört zum Wesen der weltlichen Utopie, dass sie sich, wie die Religion, ihren utopischen Überschuss, ihren Hoffnungskern nicht durch die schlechte Wirklichkeit und leidige Tatsachen zerstören lässt. Das gilt auch für Amerikas zivilreligiöse Sendungsidee der Freiheit. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, der Glaube an eine neue Chance, den Fortschritt und die Verbesserung des Menschengeschlechtes prägen dieses Sendungsbewusstsein. Auch Bush gehört zu den Generationen von Amerikanern, die die Geschichte des eigenen, auserwählten Volkes als eine Erfolgsgeschichte zu immer mehr Freiheit hin interpretieren. Im Sicherheitsmemorandum

¹² Ebd., S. 113.

¹³ Ebd., S. 114ff.

¹⁴ Minxin Pei/Sara Kasper, *Lessons from the Past. The American Record on Nation Building*, in: Carnegie Endowment for International Peace, Policy Brief, 24 May 2003.

heißt es: »Unsere eigene Geschichte ist die eines langen Kampfes, um unseren eigenen Idealen gerecht zu werden. Aber selbst in den schlimmsten Augenblicken waren die in der Unabhängigkeitserklärung festgeschriebenen Grundsätze unser Leitfaden. Im Ergebnis sind die Vereinigten Staaten nicht nur eine stärkere, sondern auch eine freiere und gerechtere Gesellschaft.«¹⁵

Präsident Bush ist offensichtlich zutiefst davon überzeugt, dass es seine Mission sei, diese amerikanischen Werte zu universalisieren. In dem programmatischen Anspruch des Memorandums, die Zonen freier und marktwirtschaftlicher Staaten zu erweitern, gibt es eine große, gemeinsame Schnittmenge mit den Politiken seiner Vorgänger, von Woodrow Wilson bis Bill Clinton. Im Gegensatz zu seinem eher pragmatischen Vater, der große Probleme mit dem *vision thing* hatte, vertraute Bush dem Journalisten Bob Woodward in einem Gespräch auf seiner Ranch in Texas an, sein größter Wunsch sei es, für den »Weltfrieden« zu kämpfen. Jeder Mensch habe die Fähigkeit, die Erde besser zu verlassen, als er sie vorgefunden habe.¹⁶ Wie Präsident Woodrow Wilson oder Franklin D. Roosevelt hätte er keine Mühe, ein berühmtes Wort Abraham Lincolns auf globale Maßstäbe zu übertragen: Die Welt könne nicht halb frei und halb versklavt sein. Auf die Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit angesprochen, könnte er, ähnlich wie Roosevelt 1943, seinen Kritikern entgegen, die die Ideale seiner »vier Freiheiten« und der Atlantikcharta für unsinnig, weil nicht realisierbar hielten: Wenn diese Leute vor 150 Jahren gelebt hätten, hätten sie die Unabhängigkeitserklärung verhöhnt, fast tausend Jahre zuvor hätten sie über die Magna Charta gelacht und mehrere tausend Jahre zuvor ihren Spott über Moses ausgegossen, als er mit den zehn Geboten vom Berge kam.¹⁷

In der Tat hat George W. Bush seinen Gegnern ähnlich geantwortet: »Heutzutage sind diese Ideale ein Rettungsanker für die einsamen Verteidiger der Freiheit. Wenn es zur Öffnung einer Gesellschaft kommt, können wir die Veränderungen unterstützen, so wie wir das zwischen 1989 und 1991 in Mittel- und Osteuropa oder im Jahr 2000 in Belgrad getan haben. Wenn wir erleben, wie demokratische Prozesse bei unseren Freunden in Taiwan oder in der Republik Korea Fuß fassen und wie gewählte Politiker die Generäle in Lateinamerika und Afrika ersetzen, dann sehen wir Beispiele dafür, wohin sich autoritäre Systeme entwickeln können, wenn Geschichte und Tradition eines Landes eine Verbindung mit den Grundsätzen eingehen, die uns so sehr am Herzen liegen.«¹⁸

Es ist deshalb überaus bezeichnend, wie der Präsident Macht und Vision in der besseren Zukunft vereinen will. Das Ziel seiner Außenpolitik, so heißt es in dem Sicherheitsmemorandum mehrfach, sei »ein die Freiheit begünstigendes Kräftegleichgewicht.« Es sei das Ziel dieser Strategie, die Welt nicht nur sicherer, sondern besser zu machen. Selbst der israelisch-palästinensische Konflikt könne nur auf der Grundlage

15 Vgl. Anm. 11, S. 117.

16 Bob Woodward, *Bush at War. Amerika im Krieg*, Stuttgart/München 2003, S. 374 ff.

17 Detlef Junker, *Franklin D. Roosevelt. Macht und Vision: Präsident in Krisenzeiten*, Göttingen 1989, S. 133 f.

18 Vgl. Anm. 11, S. 117.

der Freiheit gelöst werden: »Im Nahen Osten kann es für keine Seite Frieden geben, ohne dass auf beiden Seiten Freiheit herrscht.«¹⁹

Eingelagert in diese Vision von Freiheit ist der harte, machtpolitische Entwurf der US-Weltvorherrschaft, die Zukunft eines Staates, der notfalls allein, ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und »vorbeugend« (*preemptive*) handeln wird. »Die Vereinigten Staaten werden gegebenenfalls präemptiv handeln, um solche feindlichen Akte unserer Gegner zu vereiteln oder ihnen vorzubeugen.«²⁰

Ihre Kraft gewinnt diese Sendungsidee der Freiheit allerdings erst dadurch, dass Bush nicht allein den innerweltlich begründeten Fortschritt zu immer mehr Freiheit vorantreiben will, sondern diesen Fortschritt auch im Namen Gottes verkündet. Erst diese Verbindung macht die Idee der Freiheit zu einer zivilreligiösen Mission, macht Bush zu einem Freiheitskrieger im Namen Gottes oder Gotteskrieger im Namen der Freiheit. Er steht damit, wie in diesem Buch gezeigt, in der ältesten Tradition Amerikas.²¹

Es handelt sich keineswegs, wie der deutsche Bundespräsident Johannes Rau vermutet, um ein »grandioses Missverständnis«, wenn Präsident Bush von der göttlichen Mission Amerikas spricht, sondern um ein Kernelement amerikanischer Identität. Trotz der Trennung von Staat und Kirche sind die USA ein religiöses Land mit einer unendlichen Vielfalt von Kirchen und Gottesvorstellungen.

Je nach Perspektive kann man die zivilreligiöse Sendungsidee der Freiheit für eine besonders gelungene Verbindung von Christentum und Aufklärung halten, als steckengebliebene Verweltlichung der USA bedauern oder, wie der Papst, zahllose Repräsentanten evangelischer Kirchen und Millionen von Christen in der Welt die göttliche Rechtfertigung amerikanischer Kriege als theologischen Skandal verurteilen; die Aufgabe des Historikers ist es nicht, zu richten, sondern zu beschreiben und zu erklären.

Seit Jahrhunderten sind besonders die europäischen Besucher der USA immer wieder verwundert und betroffen über die öffentliche Tugendreligion des Landes, über eine Mischung von gesundem Menschenverstand, protestantischer Theologie und christlichem Republikanismus. Am Anfang des 19. Jahrhunderts staunte zum Beispiel ein liberaler katholischer Edelmann aus Frankreich, Alexis de Tocqueville: »Der Protestantismus ist eine demokratische Lehre, die der Errichtung der gesellschaftlichen und politischen Gleichheit vorhergeht und sie erleichtert. Die Menschen haben gewissermaßen die Demokratie durch den Himmel geführt, bevor sie sie auf

19 Ebd., S. 120.

20 Ebd., S. 125.

21 Vgl. aus der uferlosen Literatur zu diesem Thema besonders: Mark A. Noll, *America's God. From Jonathan Edwards to Abraham Lincoln*, Oxford 2002. Anders Stephanson, *Manifest Destiny. American Expansionism and the Empire of Right*, New York 1995; Michael Adas, *From Settler Colony to Global Hegemon: Interpreting the Exceptionalist Narrative of the American Experience into World History*, in: *American Historical Review* (Dez. 2001), S. 1692–1720. Für weitere Literatur vgl. Knud Krakau, *Exzeptionalismus – Verantwortung – Auftrag. Atlantische Wurzeln und politische Grenzen der demokratischen Mission Amerikas*, in: Alois Mosser (Hg.) »Gottes auserwählte Völker«. Erwählungsvorstellungen und kollektive Selbstfindung in der Geschichte, Frankfurt/M. 2001, S. 89–116.

Erden errichteten.«²² Ein Jahrhundert später bezeichnete der englische Schriftsteller G. K. Chesterton Amerika als »Nation mit der Seele einer Kirche«.

Präsident Bush der Jüngere unterscheidet sich von vielen seiner Vorgänger, auch von seinem Vater, nur in der Eindringlichkeit, mit der er den Namen Gottes im Munde führt und zugleich für seine politischen Zwecke nutzt. Präsident George W. Bush hatte im Jahr 1986, im Alter von 40 Jahren, ein paulinisches Bekehrungserlebnis.²³ Seitdem studiert er im Freundeskreis die Bibel und wird nicht müde, öffentlich Zeugnis von seiner durch die Erschütterung seiner Seele erfahrenen Wiedergeburt zu geben. Diese befreite ihn vom Alkohol und rettete vermutlich seine Ehe. Seit dieser Wiedergeburt führt er ein gottgefälliges, diszipliniertes, gesundes und zielstrebiges Leben. Aus dem Sohn eines prominenten Vaters mit nur mäßigen Erfolgen in Studium und Beruf, der in Krisenzeiten immer auf die finanzielle Protektion der reichen Freunde seines einflussreichen Vaters vertrauen konnte, wurde ein erfolgreicher Gouverneur von Texas, der es schaffte, aus dieser Position heraus Präsident der Vereinigten Staaten und damit der mächtigste Mann der Welt zu werden. Bush scheint diesen Erfolg durchaus mit seiner Wiedergeburt in Verbindung zu bringen.

Es ist zu vermuten, dass Präsident Bush am und durch den 11. September eine zweite, politische Wiedergeburt erlebte. Der durch Wahlschlamperei und Wahlmanipulationen halblegitim ins Amt gekommene Bush, dessen Präsidentschaft vor dem 11. September ohne beeindruckende Konturen blieb, unter abnehmender Zustimmung und – durch einen Überläufer – unter dem Verlust der republikanischen Mehrheit im Senat litt, hat im Kampf gegen den Terrorismus seine neue weltgeschichtliche Mission der Freiheit im Namen Gottes gefunden.

Seine Wiedergeburt erwies sich auch innenpolitisch als außerordentlich opportun. Sie gab ihm Zugang zu der christlichen Rechten und zu der evangelikalen Erweckungsbewegung, die, vom Süden der USA ausgehend, in den letzten 30 Jahren zu einer politischen Macht geworden sind, die immer mehr Schlüsselpositionen in Washington besetzt. Man kann diese Erweckungsbewegung als die vierte ihrer Art in der Geschichte der Kolonien und der USA ansehen. »Erwachen und Umkehr« blieben dabei nie auf den privaten Bereich beschränkt, sondern beeinflussten jedes Mal das amerikanische Gemeinwesen und erzeugten eine spirituell geprägte Öffentlichkeit. Die erste Erweckungsbewegung im 18. Jahrhundert gehörte zu den Voraussetzungen der Amerikanischen Revolution, die zweite Erweckungsbewegung zu Beginn des 19. Jahrhundert speiste die allgemeine Demokratisierung der USA und die Energien der Abolitionisten, einer weitgehend christlich geprägten Freiheitsbewegung gegen die Sklaverei. Die dritte Bewegung verkündete ein »soziales Evangelium«, das sich besonders im sozialpolitischen Programm des New Deal unter Präsident Franklin Roosevelt in den 30er Jahren des 20. Jahrhundert niederschlug.

²² Alexis de Tocqueville, zitiert nach: Otto Kallscheuer, Erwachen. Ein nötiger Blick auf die amerikanische Zivilreligion, in: Neue Züricher Zeitung, 12.04.2003.

²³ Eine gute, zusammenfassende Reportage zu diesem Problem ist die Titelgeschichte von »Newsweek« vom 10.3.2003: »Bush & God. How Faith Changed His Life and Shapes His Agenda«, S. 14–21.

Was das Ergebnis dieser vierten Erweckungsbewegung sein wird, ist noch schwer abzusehen. Fest steht nur, dass Präsident Bush bald nach seiner Wiedergeburt entdeckte, wie nützlich diese auch politisch für die Konsolidierung und Verbreiterung seiner Machtbasis und der Republikaner zunächst in Texas, dann in den USA war. Auch in diesem Sinne verkörpert Bush die Symbiose von Macht und Mission. Seine Reden sind gespickt mit Bibelziten, im Weißen Haus und im Kabinett wird viel gebetet. Er unterstützt politische Forderungen glaubensgestützter (*faith-based*) Organisationen, zum Beispiel nach finanzieller Hilfe für konfessionelle Schulen. Eine solche Politik ist angesichts der Trennung von Staat und Kirche politisch und verfassungsrechtlich außerordentlich umstritten.

Der Methodist George W. Bush scheint allerdings nicht zu den Millionen von Amerikanern zu gehören, die angesichts des 11. September 2001 wieder einmal in der Naherwartung des Weltuntergangs leben und jedermann zur Umkehr auffordern, bevor es zu spät ist. Er hat sich auch nicht in die Diskussion zwischen den »Vor-Millenariern« und den »Nach-Millenariern« eingeschaltet, die sich heftig darüber streiten, ob das Tausendjährige Reich vor oder nach der Wiederkunft Christi errichtet werde. Allerdings entfachte er 1993 einen kleinen Sturm der Entrüstung, als er einem – jüdischen – Reporter erklärte, nur diejenigen kämen in den Himmel, die an Jesus glaubten.

Für die Welt außerhalb der USA ist von Bedeutung, dass George W. Bush Kraft, Entschlossenheit, Sendungsbewusstsein und ein gewisses Maß an Schicksalsergebenheit aus seinem Glauben gewinnt. Er meint, was er sagt, wenn er am 28. Januar 2003 in seinem Bericht über die Lage der Nation (und der Welt) verkündet: »Die Freiheit, die wir so hochschätzen, ist nicht das Geschenk Amerikas an die Welt, sondern das Geschenk Gottes an die Menschheit.«²⁴ Präsident Bush, weder ein Theologe noch ein Intellektueller, weder besonders gebildet noch in freier Rede der amerikanischen Sprache besonders mächtig, ist in seinem Land ein populärer Präsident. Er ist bei der Mehrheit der Amerikaner nicht nur deshalb beliebt, weil er handelt, Führungsstärke zeigt und mit Hilfe der Medienberater und Massenmedien seine Präsidentschaft perfekt inszeniert, sondern auch, weil er die Dreieinigkeit Amerikas glaubhaft repräsentiert: Gott, Vaterland und Freiheit. Wie lange diese Unterstützung des amerikanischen Präsidenten durch das amerikanische Volk andauern und ob es ihm tatsächlich gelingen wird, eine amerikanische Weltvorherrschaft auf längere Zeit zu befestigen, kann niemand voraussagen. Denn Prognosen über die Zukunft könnte es nur geben, wenn es keine Zukunft mehr gäbe ...

24 The President's State of the Union Adress vom 28.1.2003, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/20030128-19.html>.